

«Die Eidgenossenschaft hat sich fürs Durchwursteln entschieden»

Renommierter Historiker zum EU-Verhältnis Abbruch der Rahmenabkommen-Verhandlungen? Feig, mutlos – ein grosser Fehler. Thomas Maissen geht mit der Schweizer Regierung hart ins Gericht.

Gregor Poletti

Ist der Entscheid der Schweizer Regierung, die Verhandlungen abbrechen, mutig oder doch eher übermütig, Herr Maissen?
Er ist eher feige, weil der Bundesrat dem innenpolitischen Kampf ausweicht und keine Abstimmungsschlacht riskieren will. Er ahnte, dass er diese verlieren dürfte. Das ist gewiss nicht mutig.

Was wäre mutig gewesen?
Seit zwei, drei Jahren weiss die Regierung, dass man sich in einer Sackgasse befindet. Vielleicht nicht mutig, aber zumindest pragmatisch wäre gewesen, einen ambitionierten Alternativplan zu erarbeiten und diesen der Schweizer Bevölkerung zu präsentieren. Aber was der Bundesrat am Mittwoch gemacht hat, ist eine Abdankung ohne Predigt. Etwas ist gestorben, aber niemand weiss, wie es weitergeht.

Dann schon eher übermütig, geprägt von einem neuen Selbstbewusstsein?

Wenn man die lange Geschichte des Rahmenabkommens anschaut, kann man nicht davon ausgehen, dass ein grösserer Bewusstseinswandel stattgefunden hat. Der Bundesrat ist ja auch zum Schluss gekommen, dass dieser Vertrag gar nicht so schlecht ist. Aber verunsichert durch die innenpolitischen Widerstände, hat die Regierung zum Übungsabbruch geblasen. Das ist kein Zeichen eines neu erworbenen Selbstbewusstseins, sondern von Verzweiflung.

Aber als historisch kann man das Ende des Rahmenvertrags zumindest bezeichnen?

Ich bin mir nicht sicher, ob man diesen Übungsabbruch als historisch bezeichnen kann. Die Geschichte der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind ein langes Hin und Her mit vielen zögerlichen Entscheidungen der Schweiz. In diesem Dilemma hat sich die Eidgenossenschaft fürs Durchwursteln entschieden. Ich würde den Entscheid eher als neue Phase dieses Durchwurstelns qualifizieren. Dies im Gegensatz zum EWR-Entscheid.

Weshalb?

Damals ging es um das Selbstverständnis der Schweiz. Der EWR galt, durch das EU-Beitritts-Gesuch, als erste Etappe in die EU, und damit stellen sich grundsätzliche Fragen zur Souveränität, zur Neutralität und zur direkten Demokratie. Fragen Sie dagegen heute auf der Strasse, wer Ihnen die Probleme beim Lohnschutz oder der Unionsbürgerrichtlinie erklären kann. Das sind Bagatellen. Deshalb wird sich auch keine Bewegung wie damals «Geboren am 7. Dezember» bilden, um etwas vom Rahmenvertrag zu retten. Dafür steht beim Rahmenvertrag zu wenig auf dem Spiel, nicht nur in der Schweiz. Sie wird versuchen, bilateral weiterzuvorsteln. Wenn dann die EU das Spiel nicht mehr mitmacht, werden diejenigen, die das Rahmen-



«Der Abbruch ist der Weg des geringsten Widerstandes», sagt Thomas Maissen. Foto: Franziska Rothenbühler

«Nicht zur EU zu gehören, wird wohl noch lange Zeit die Raison d'Être bleiben.»

Thomas Maissen

abkommen bekämpft haben, aufschreien: «Das ist ja Erpressung.»

Die Angst vor einem Souveränitätsverlust war mitentscheidend. Wie gross wäre dieser tatsächlich gewesen?

Ich halte diese Angst für übertrieben. Natürlich verändert jeder aussenpolitische Entscheid das Verhältnis zu anderen Staaten und berührt damit zentrale Elemente des schweizerischen Staatsverständnisses. Der Verlust ist aber symbolisch grösser, als der reale Verlust bei den geplanten Streitschlichtungsverfahren tatsächlich gewesen wäre. Man vergisst in der Schweiz gerne, dass die EU und unsere Nachbarn rechtsstaatlich organisiert sind.

Gibt es einen Punkt, an dem sich das Verständnis der Souveränität entscheidend zu verändern begann?

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat diese international ganz klar an Bedeutung verloren. Nach dieser Katastrophe setzte sich die Erkenntnis bei den meisten europäischen Ländern durch, dass die Souveränität nicht die beste Lösung ist, um die nationalen Interessen zu sichern. Die Souveränität der einzelnen Staaten hatte sie schliesslich nicht vor Hitler geschützt, und gegen Stalin sah es auch nicht besser aus.

Weshalb hängen wir so sehr an der Souveränität?

Die Souveränität der Schweiz wurde 1848, notabene nach einem Bürgerkrieg, errungen. Bis dahin waren die Kantone nicht bereit, ihre Souveränität an einen Bundesstaat abzugeben. Die Schweizer hängen vor allem an bürgernahen Mitspracherechten. Sie mögen es nicht, Entscheidungen von der Gemeindeebene auf die Kantonsebene und vom Kanton an den Bund und von Bern auch noch nach Brüssel ab-

zugeben. Das hat aber mit nationaler Souveränität nicht so viel zu tun, sondern mit dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, an Entscheidungen teilzuhaben.

Und ausgerechnet beim Entscheid zum Rahmenabkommen wird nun der Souverän, das Volk, ausgeklammert.

Das ist ein grosser Fehler. Wenn die Schweiz ihre Souveränität wahren wollte, dann hätte die Regierung das entscheidende Wort in dieser Sache dem Souverän überlassen sollen. Wäre der Rahmenvertrag in einer Volksabstimmung abgelehnt worden,

Verfasser von Standardwerken

Thomas Maissen (59) ist Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris. Der in Zürich und Basel aufgewachsene Historiker lehrte von 2004 bis 2013 als ordentlicher Professor für Neuere Geschichte an der Universität Heidelberg. Maissen ist Verfasser mehrerer Standardwerke zur Geschichte der Schweiz.

könnte später niemand bei Problemen die Mitverantwortung für die Entscheidung von sich weisen. So bleibt es die Entscheidung eines kleinen Kabinetts von sieben Leuten.

Geht die Schweiz wenigstens gestärkt aus dem Kampf um das Rahmenabkommen hervor?

Es gab ja gar keinen Kampf, weder aussenpolitisch noch innenpolitisch. Die Regierung ist schnell eingeknickt, weil sie gemerkt hat, dass die SVP und die Gewerkschaften gegen diesen von der Regierung fair ausgehandelten Vertrag sind. Und in Brüssel haben die Schweizer zur Kenntnis nehmen müssen, dass sie mit ihren innenpolitisch motivierten Nachbesserungsvorschlägen höchstens noch Teilerfolge erzielen konnten. Gekämpft hat die Schweiz nicht. Der Abbruch der Verhandlungen ist der Weg des geringsten Widerstandes.

Die Schweiz will vor allem den freien Markt etablieren, Die EU hingegen will ihre Vision eines geeinten Europas der Schweiz überstülpen.

Bei den liberalen Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft gibt es keinen grossen Unterschied zwischen der EU und der Schweiz. Das europäische Projekt geht aber weiter. Die EU hat die Schweiz eingeladen, dabei mitzumachen. Sie hat nie «gestülpt», gedroht oder Gewalt angewandt. Sie hat bloss erklärt, dass der Zugang zum EU-Binnenmarkt nur zu den Regeln des EU-Binnenmarkts zu haben ist. Ein wesentlicher Unterschied ist, dass die Schweiz viel wohlhabender ist als der EU-Durchschnitt. Im Gegensatz zu den wohlhabenden EU-Ländern ist die Schweiz aber nicht bereit zu teilen.

Wir leisten doch mit der Kohäsionsmilliarde auch einen solidaren Beitrag an den Aufbau der osteuropäischen Länder der EU.

Das macht die Schweiz ja nicht aus Nächstenliebe zu Bulgarien oder Rumänien, sondern um den Zugang zum wichtigsten Markt zu sichern. Wenn der Bundesrat jetzt die bisher blockierte letzte Tranche ausbezahlen will, dient das ja vor allem der Beschäftigung der EU. Aber die Kohäsionsmilliarden sind sicher kein Einsatz der Schweiz für eine nachhaltige europäische Friedensordnung.

Es gibt derzeit Belebungsversuche für einen EU-Beitritt. Wie realistisch ist ein solches Szenario?

Man muss es ganz klar sagen: Das Scheitern des Rahmenvertrags ist ein grosser Erfolg für die Gegner eines EU-Beitritts. Damit ist ein solcher noch mehr vom Tisch, als er es eh schon war. Das könnte sich nur ändern, wenn die Schweiz in eine massive Wirtschaftskrise schlittert und zur Einsicht gelangen würde: Das kriegen wir allein nicht hin. So etwas will ich nicht hoffen. Nicht zur EU zu gehören, wird wohl noch lange Zeit die Raison d'Être für die Schweiz bleiben.

Pikante Reform kommt frühestens im Jahr 2023

Biodiversität In der Schweiz sind die Hälfte der Lebensräume und ein Drittel der Tier- und Pflanzenarten bedroht. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom Mittwoch einmal mehr bekräftigt, dass er das Problem angehen will – diesmal in Form einer Stellungnahme zuhanden der ständerätlichen Geschäftsprüfungskommission, die er gestern publiziert hat.

Die Kommission hatte kritisiert, die vom Bundesrat ergriffenen Massnahmen zum Schutz der Biodiversität würden nicht genügen. Der Bundesrat entgegnet nun, viele der Forderungen würden erfüllt, und zwar durch den indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitätsinitiative, die mehr Geld und Fläche für die Biodiversität in der Schweiz fordert. Mit dem Gegenvorschlag, der in der Vernehmlassung ist, will der Bundesrat unter anderem 17 Prozent der Landesfläche zu Schutzgebieten aufwerten und die Vernetzung von Lebensräumen fördern.

Keine fixe Zusage

Umstritten ist indes, inwieweit es dem Bundesrat tatsächlich ernst ist. Die Kommission fordert für die zweite Phase des laufenden Aktionsplans Biodiversität mehr Personal im Bundesamt für Umwelt, weil es bei der Umsetzung zu Verzögerungen gekommen ist. Eine fixe Zusage macht der Bundesrat aber nicht. Heute entfallen auf diese Arbeiten umgerechnet rund 7 von 520 Vollzeitstellen.

Vage bleibt vorläufig auch, wie der Bundesrat eine pikante Reform anpacken will; Klarheit schaffen will er bis 2023. Es geht um mehr als 150 Subventionen, die nicht nur ihre beabsichtigten Ziele fördern, sondern darüber hinaus die Biodiversität schädigen, etwa die Unterstützung der Kleinwasserkraft, welche die Fauna und Flora beeinträchtigt.

Erklärtes Ziel des Bundesrats ist es, dass bei Entscheiden in allen Politikbereichen die Auswirkungen auf die Biodiversität «berücksichtigt» werden – eine Ansage, die Zündstoff enthält.

Selbst wenn der Bundesrat sich nun sputen würde: Zu spät ist er ohnehin. Die Schweiz hatte sich in den 1990er-Jahren völkerrechtlich verpflichtet, umweltschädliche Subventionen bis 2020 abzusuchen. Oder zumindest so zu erneuern, dass die Schäden minimiert werden.

Stefan Häne

ANZEIGE

Kaffeepause ohne Kaffee?

Kaffee, Bier, Schokolade und weitere Konsumgüter werden massiv teurer oder verschwinden bei der Annahme der Pestizidverbots-Initiative.

am 13. Juni

2x NEIN zu den extremen Agrar-Initiativen

www.zukunft-pflanzenschutz.ch